



**Gruppe III "Verschiedene Interessen"**

# **Partizipative Demokratie in 5 Punkten**



**Europäischer Wirtschafts- und Sozialausschuss**

# PARTIZIPATIVE DEMOKRATIE IN 5 PUNKTEN

## 1. Partizipative Demokratie im Vertrag über die Europäische Union

Partizipative Demokratie ist mittlerweile ein fester Bestandteil des europäischen Gesellschaftsmodells. Im Lissabon-Vertrag ist die Komplementarität zwischen repräsentativer und partizipativer Demokratie jeweils in Artikel 10 und 11 festgeschrieben. Darüber hinaus wird in Artikel 10 Absatz 3 den Bürgern «das Recht [gewährt], am demokratischen Leben der Union teilzunehmen» und festgelegt, dass die «Entscheidungen [...] so offen und bürgernah wie möglich getroffen» werden, womit darauf verwiesen wird, dass das Subsidiaritätsprinzip eingehalten werden muss. Somit wird die Partizipation zu einem Bürgerrecht und die Subsidiarität zu einem Pfeiler der partizipativen Demokratie.

### Artikel 11

- 1. Die Organe geben den Bürgerinnen und Bürgern und den repräsentativen Verbänden in geeigneter Weise die Möglichkeit, ihre Ansichten in allen Bereichen des Handelns der Union öffentlich bekannt zu geben und auszutauschen.*
- 2. Die Organe pflegen einen offenen, transparenten und regelmäßigen Dialog mit den repräsentativen Verbänden und der Zivilgesellschaft.*
- 3. Um die Kohärenz und die Transparenz des Handelns der Union zu gewährleisten, führt die Europäische Kommission umfangreiche Anhörungen der Betroffenen durch.*
- 4. Unionsbürgerinnen und Unionsbürger, deren Anzahl mindestens eine Million betragen und bei denen es sich um Staatsangehörige einer erheblichen Anzahl von Mitgliedstaaten handeln muss, können die Initiative ergreifen und die Europäische Kommission auffordern, im Rahmen ihrer Befugnisse geeignete Vorschläge zu Themen zu unterbreiten, zu denen es nach Ansicht jener Bürgerinnen und Bürger eines Rechtsakts der Union bedarf, um die Verträge umzusetzen.*

*Die Verfahren und Bedingungen, die für eine solche Bürgerinitiative gelten, werden nach Artikel 24 Absatz 1 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union festgelegt.*

## 2. Was ist unter Zivilgesellschaft zu verstehen?

Die Zivilgesellschaft ist ein Sammelbegriff für alle Arten sozialer Aktionen von Einzelpersonen oder Gruppen, die nicht vom Staat ausgehen und nicht von diesem durchgeführt werden. Die Organisationen der Zivilgesellschaft lassen sich abstrakt gesprochen als die Gesamtheit aller Organisationsstrukturen definieren, deren Mitglieder über einen demokratischen Diskurs- und Verständigungsprozess dem allgemeinen Interesse dienen und welche auch als Mittler zwischen öffentlicher Gewalt und den Bürgern auftreten. Zur Bewertung der Repräsentativität der Organisationen der Zivilgesellschaft sollten sowohl quantitative als auch qualitative Kriterien herangezogen werden.

## 3. Was ist unter zivilem Dialog zu verstehen?

Der zivile Dialog ist ein demokratischer und öffentlicher Meinungsbildungsprozess, der je nach den beteiligten Akteuren verschiedene Formen annehmen kann:

- horizontal: Dialog zwischen den Organisationen der europäischen Zivilgesellschaft über die Entwicklung, Zukunft und Politik der EU;
- vertikal: strukturierter, regelmäßiger Dialog zwischen diesen Organisationen und der Union;
- sektoral: täglicher Dialog zwischen den Organisationen der Zivilgesellschaft und ihren Gesprächspartnern auf Seiten der Legislative und der Exekutive.

Interessanterweise wurde das Konzept des horizontalen und vertikalen zivilen Dialogs, das der EWSA bereits 2000 aufgestellt hatte, anschließend wörtlich in Artikel 11 Absatz 1 und 2 des Lissabon-Vertrags übernommen.

Der zivile Dialog kann von *unten nach oben* erfolgen, wobei die Organisationen die Initiative ergreifen, oder aber die Form eines von *oben nach unten* gerichteten Prozesses annehmen, den die Institutionen in Gang setzen.

Der zivile Dialog ist ein wesentliches Instrument zur Anwendung der Grundsätze verantwortungsvollen Regierens: Offenheit, Partizipation, Verantwortlichkeit, Effektivität, Kohärenz und Subsidiarität.

#### 4. Worin unterscheiden sich der zivile und der soziale Dialog?

Von 1999 bis heute hat der EWSA unaufhörlich auf diese wichtige Unterscheidung hingewiesen. Im Gegensatz zum zivilen Dialog handelt es sich beim europäischen sozialen Dialog um einen Mechanismus, bei dem die Sozialpartner kraft der Artikel 153 und 154 des Vertrages über paralegislative Kompetenzen verfügen. Seine Teilnehmer, Befugnisse und Verfahren sind eindeutig definiert, und er hat einen quasi-konstitutionellen Status. Seine Besonderheit gründet sich auf die besonderen Kompetenzen und Verantwortlichkeiten seiner Teilnehmer, die ihre Aufgabe autonom wahrnehmen. Aus diesem Grund kann ihre Aufgabe und Verantwortung weder auf andere Politikbereiche übertragen noch an andere Akteure delegiert werden. Der soziale Dialog ist daher ein hervorragendes Beispiel für die tatsächliche Verwirklichung des Grundsatzes der partizipativen Demokratie.

#### 5. Die Rolle des EWSA bei der Verwirklichung der partizipativen Demokratie

Die Römischen Verträge haben mit der Schaffung des Wirtschafts- und Sozialausschusses funktionalen Interessen Zugang zum europäischen Entscheidungsprozess gewährt. Der Ausschuss ist der vorrangige Ort der Vertretung, des Meinungsaustauschs und der Meinungsäußerung der *organisierten Zivilgesellschaft* und stellt eine unverzichtbare Brücke zwischen Europa und

seinen Bürgern dar. Er **«setzt sich zusammen aus Vertretern der Organisationen der Arbeitgeber und der Arbeitnehmer sowie anderen Vertretern der Zivilgesellschaft, insbesondere aus dem sozialen und wirtschaftlichen, dem staatsbürgerlichen, dem beruflichen und dem kulturellen Bereich»** (Artikel 300 Absatz 2 AEUV).

In dem Bewusstsein, dass er die organisierte Zivilgesellschaft nicht in all ihren vielfältigen, in ständiger Entwicklung begriffenen Teilen vertritt, hat der Europäische Wirtschafts- und Sozialausschuss Initiativen ergriffen und Reformen umgesetzt, um eine möglichst breite Repräsentation der organisierten Zivilgesellschaft sicherzustellen, wobei er einen pragmatischen, aufgeschlossenen Ansatz bei einer gleichzeitigen schrittweisen Strukturierung seiner Beziehungen zur organisierten Zivilgesellschaft Europas verfolgt.

Im Verlauf der letzten zehn Jahre hat der EWSA bei der Definition, Anerkennung und Umsetzung des europäischen zivilen Dialogs zweifellos viel erreicht. Wie jedoch die Forderungen der Organisationen der Zivilgesellschaft und des Ausschusses selbst zeigen, müssen die Bemühungen offensichtlich fortgesetzt werden, und der Ausschuss muss auf eine beschleunigte und greifbare Umsetzung von Artikel 11 des Lissabon-Vertrags hinarbeiten.

Die Geschichte des EWSA hat uns gelehrt, dass zur Schaffung und Einführung neuer, wirkungsvoller Strukturen für den Dialog eine gute Organisation, institutionelle Kontinuität und dauerhafte Strukturen erforderlich sind. Deshalb sind wir der Überzeugung, dass der EWSA nach wie vor ein unbestrittener und äußerst erfahrener Schlüsselakteur dieses Prozesses ist.

*Diese Broschüre basiert auf dem Kompendium "Participatory Democracy: a retrospective overview written by the EESC", <http://www.eesc.europa.eu/?i=portal.en.group-3-events-and-activities>*



2009 wurde dem EWSA von der Brüsseler Umweltbehörde IBGE (Institut bruxellois pour la gestion de l'environnement) das prestigeträchtige Label "ökodynamisches Unternehmen" verliehen. Dabei wurden ihm 3 Sterne zuerkannt – die höchstmögliche Auszeichnung. Mit diesem Gütezeichen werden Unternehmen für ihre Umwelleistung prämiert.



## ***Europäischer Wirtschafts- und Sozialausschuss***

Referat Veröffentlichungen/Besuchergruppen

Tel. +32 25469604 • Fax +32 25469764

Rue Belliard/Belliardstraat 99

1040 Bruxelles/Brussel • BELGIQUE/BELGIË

[www.eesc.europa.eu](http://www.eesc.europa.eu)

KATALOGNUMMER: EWSA-2011-10-DE

QE-30-11-038-DE-C  
ISBN 978-92-830-1504-8



doi:10.2864/95621

# DE

© Europäische Union, 2011  
Nachdruck mit Quellenangabe gestattet